

Beschluss des Landrats vom 04.11.2021

Nr. 1196

58. Vereinbarung von Familie und Beruf: Bessere Anstellungsbedingungen für Pfle- gende der Gesundheitsbetriebe im Kanton Basellandschaft

2021/81; Protokoll: ama

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegzunehmen.

Marc Scherrer (CVP) erachtet den vorliegenden Vorstoss als nicht abwegig. Sämtliche Diskussionen wurden jedoch schon mehrmals geführt, unter anderem im Zusammenhang mit einem Postulat von Miriam Locher (2020/333). Die entsprechenden Vorstösse wurden jeweils überwiesen, auch dank der Unterstützung der Mitte. Das Postulat 2020/333 wurde nach seiner Überweisung bereits in der zuständigen Kommission besprochen. Das Postulat 2020/618 (Applaus reicht nicht 2.0) verlangt unter anderem die Prüfung der folgenden Punkte: Sozialverträglichkeit, Arbeitszeiten, Krippenplätze, psychische und physische Gesundheit, etc. Der hier diskutierte Vorstoss fordert im Grundsatz noch einmal das Gleiche. Im Sinne der Effizienz lehnt die CVP/glp-Fraktion daher eine Überweisung des Postulats ab.

Peter Brodbeck (SVP) merkt an, die mit dem Postulat angesprochene Thematik sei im Landrat bereits mehrmals und ausführlich diskutiert worden. Die heutige Diskussion hätte mit einer Zustimmung des Landrats zur Überweisung des Postulats an den Regierungsrat vermieden werden können, jedoch erachtete die SVP-Fraktion dieses Vorgehen trotz allem nicht als sinnvoll. Wie Peter Brodbeck's Vorredner ausführte, kam das Thema bereits genügend zur Sprache oder wird noch zur Sprache kommen. So wurde beispielsweise das Postulat 2020/333 am letzten Freitag in der VGK behandelt und es wird später wiederum dem Landrat unterbreitet. Auch liegen noch weitere Postulate vor und es wird genügend Gelegenheit geben, die entsprechenden Anliegen ausführlich zu diskutieren. Es geht immer um dasselbe Thema: den Fachkräftemangel. Es ist sicher wichtig, über diese Problematik zu diskutieren, jedoch braucht es kein weiteres Postulat zum selben Thema. Auch aufgrund der bevorstehenden Volksabstimmung zur Pflegeinitiative kann festgehalten werden, dass etwas unternommen werde, um Verbesserungen zu erreichen. Die angesprochenen Themen betreffen im Grunde genommen nicht in erster Linie die Politik, sondern Arbeitnehmende und Arbeitgebende, welche Lösungen finden müssen. Aus den genannten Gründen lehnt die SVP-Fraktion die Überweisung des vorliegenden Postulats ab.

Christof Hiltmann (FDP) schliesst sich im Namen der FDP-Fraktion seinen Vorrednern an. Es sind bereits mehrere Geschäfte zum gleichen Thema hängig, und letztlich stellt sich auch die Frage, auf welcher Kompetenzstufe diese Fragestellungen angesiedelt seien. Aus Sicht der FDP handelt es sich um ein nationales und insbesondere auch privatwirtschaftliches Thema. Hier sind einige Bemühungen im Gange, über welche beispielsweise die involvierten Fachpersonen die VGK direkt informieren könnten. Die FDP-Fraktion lehnt eine Überweisung des Postulats ab.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) stimmt ihren Vorrednern insofern zu, dass einige der von ihr aufgeworfenen Fragen bereits eingereicht oder beantwortet wurden. Trotzdem wäre eine Überweisung des Postulats und eine gemeinsame Beratung mit den bereits eingereichten Vorstössen sinnvoll. Die Votantin fände es wichtig, sich von Fachpersonen aus dem Spitalbereich darüber informieren zu lassen, was von den Arbeitgebern konkret unternommen werde, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Was wird getan, damit die Leute nicht abspringen, kaum dass sie ins Be-

rufsleben eingetreten sind, obwohl viel Geld in deren Aus- und Weiterbildung investiert wurde? Dieses Problem betrifft uns alle, es ist nicht allein Sache der jeweiligen Arbeitgeber. Darum soll das vorliegende Postulat in Ergänzung zu den bereits eingereichten Vorstössen überwiesen werden, damit die Thematik fundiert aufgearbeitet wird. In diesem Zusammenhang sollen auch Exponentinnen und Exponenten der Spitäler eingeladen werden, um der Politik aufzuzeigen, wie dem Exodus auf kantonaler Ebene Einhalt geboten werden kann.

Urs Roth (SP) kann die Voten der drei bürgerlichen Sprecher nicht nachvollziehen, denn das Postulat könnte gemeinsam mit den bereits vorhandenen Vorstössen behandelt werden. Im vorliegenden Postulat wurden zwei Punkte separat aufgeführt: die Verweildauer der Pflegefachpersonen in den einzelnen Gesundheitseinrichtungen sowie die Wiedereinstiegsproblematik. Es wäre effizient, alle Aspekte der Fragestellung auf einmal zu diskutieren.

://: Mit 40:35 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
